

# BEBAUUNGSPLAN

GEMEINDE: HUMES FLUR 6

KREIS: OTTWEILER

FÜR DAS GELÄNDE: AUF DEM ALTEN SPORT  
M. 1: 500

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1946 (BGBI. I. S. 243), gemäß § 4 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung vom 18.12.1961 u. 21.6.1967 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde HUMES auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme.

10.2.1972

*J. Kanner*  
DR. KANNER AMTSVORSTEHER

*H. H. H.*  
ING. GRAB. SACHGEHEBER



Festsetzung gemäss § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1	Geltungsbereich	Laut Plan
2	Art der baulichen Nutzung	
	2.1. Baugebiet	ALLG. WOHNGEBIET
	2.1.1. zulässige Anlagen	N. BAUNUTZ VO
	2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	DTG.
3	Mass der baulichen Nutzung	
	3.1. Zahl der Vollgeschosse	Laut Plan
	3.2. Grundflächenzahl	Laut Plan
	3.3. Geschossflächenzahl	Laut Plan
	3.4. Bausassenzahl	entfällt
	3.5. Grundflächen der baulichen Anlagen	entfällt
4	Bauweise	OFFEN, EINZELHÄUSER
5	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	Laut Plan
6	Stellung der baulichen Anlagen	LT. PLAN
7	Mindestgrösse der Baugrundstücke	entfällt
8	Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass OK Strassenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden)	LT. PLAN
9	Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB D. ÜBERBAUBAREN FLÄCHEN
10	Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt
11	Baugrundstücke für den Gemeindebedarf	entfällt
12	Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgeseh. Flächen	LT. PLAN
13	Baugrundstücke für bes. baul. Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebaul. Gründe, insbes. solchen des Verkehrs bestimmt sind	entfällt
14	Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	LT. PLAN
15	Verkehrsflächen	Laut Plan
16	Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	n. Strassenprojekt
17	Versorgungsflächen	Laut Plan
18	Führung oberirdischer Versorgungsleitungen u. Anlagen	entfällt
19	Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
20	Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	LT. PLAN
21	Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen und anderen Bodenschätzen	entfällt
22	Flächen für Land- und Forstwirtschaft	entfällt
23	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu Gunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	LT. PLAN
24	Flächen für Gemeinschaftsstellplätze u. Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25	Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	entfällt
26	Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt
27	Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
28	Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	entfällt

Aufnahme von Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 223)

entfällt



Entscheidungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf § 9 Abs. 1 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Baugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 193).  
entfällt

- Kennzeichen von Flächen gemäss § 9 Abs. 3 BBauG:
1. Flächen bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind;
  2. Flächen bei denen bes. baul. Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind;
  3. Flächen unter denen der Bergbau ungent;
  4. Flächen die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind;

Nachrichtliche Übernahme des Bestandes

Planzeichenerklärung

Geltungsbereich	-----
Bestehende Gebäude	[ ]
Geplante Gebäude	[ ]
Bestehende Strassen	==
Geplante Strassen	==
Bestehende Grundstücksgrenzen	- - - -
Geplante Grundstücksgrenzen	- - - -
Baulinie (rot)	==
Baugrenze (blau)	==
Entwässerung	← A →
Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen	
Geschosszahl	Z
Grundflächenzahl	GRZ
Geschossflächenzahl	GFZ
Flurgrenzen	- - - -
BAUWEISE	⌒ NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG

Offenlegungsvermerke

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 vom 19.6.1972 bis zum 19.7.1972 ausliegen.  
Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 20.10.72 beschlossen.



Humes, der 20.10.72  
DER BÜRGERMEISTER  
Rau

**SAARLAND**  
Der Minister des Innern  
- Oberste Landesbaubehörde -  
LA-7-4953/72  
Rhr / Geo.

2. JAN. 1973  
Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde -  
H. A. Hinkel  
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde am 19. Jan. 1973 ortsüblich bekanntgemacht.

Humes, den 20.10.72 19. Jan. 1973  
DER BÜRGERMEISTER  
Rau

uBt



# Stadtparkasse Völklingen

## AUFWENDUNGEN

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1971

## ERTRÄGE

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		3 932 455,95
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		159,45
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere		—
4. Gehälter und Löhne		1 656 945,—
5. Soziale Abgaben		176 515,86
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		341 666,07
7. Sachaufwand		717 437,87
8. Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		237 371,14
9. Abschreibungen auf Beteiligungen		—
10. Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	251 617,90	
b) sonstige	628,47	252 241,27
11. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—
12. Sonstige Aufwendungen		62 103,20
13. Jahresüberschuß		304 294,96
<b>Summe</b>		<b>7 661 190,57</b>

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		6 515 145,06
2. Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	623 521,36	
b) anderen Wertpapieren	—	
c) Beteiligungen	44 060,31	667 581,69
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		308 601,07
4. Andere Erträge		161 052,55
5. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		4 666,20
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		23 944,—
7. Jahresfehlbetrag		—
<b>Summe</b>		<b>7 661 190,57</b>

### Anhang zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Jahresüberschuß	304 294,96
2. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	—
	304 294,96
3. Vorwegzuführungen zur Sicherheitsrücklage	152 000,—
4. Bilanzgewinn	152 294,96

6620 Völklingen, den 21. März 1972

### Stadtparkasse Völklingen

Der Vorstand

 gez. Ifkowitz  
Sparkassendirektor

 gez. Müller  
Sparkassendirektor

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

### Sparkassen- und Giroverband Saar

— Prüfungsstelle —

 Müller  
Wirtschaftsprüfer

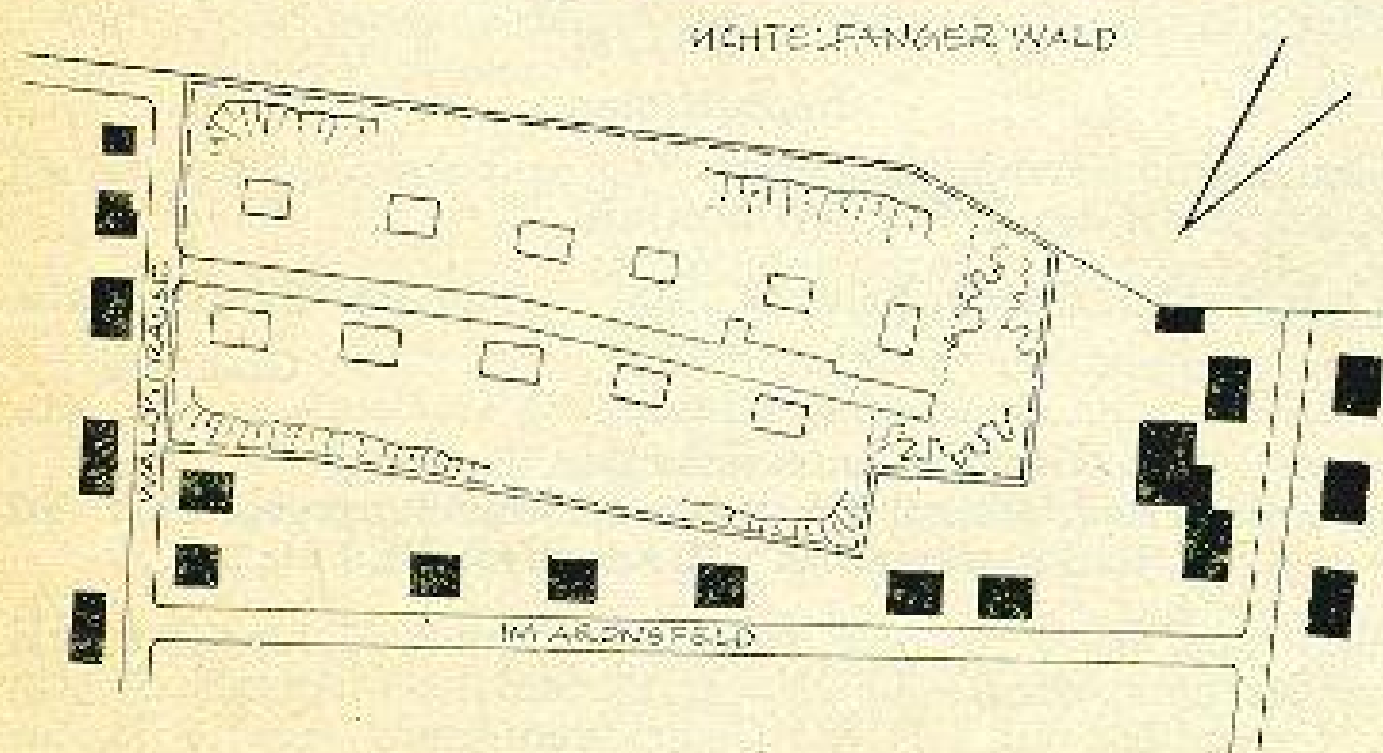
Saarbrücken, den 13. Februar 1973

## 34/458      Örtliche Bauvorschriften (Satzung) der Gemeinde Humes für das Gelände „Auf dem alten Sportplatz“

Auf Grund des § 115 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung — LBO) vom 12. Mai 1965 (Amtsbl. S. 529) in Verbindung mit § 11 der Gemeindeordnung vom 15. Januar 1964 (Amtsbl. S. 123) werden mit Genehmigung des Ministers des Innern — Oberste Landesbaubehörde — für das unten näher gekennzeichnete Gebiet folgende örtliche Bauvorschriften als Satzung erlassen:

### Örtlicher Geltungsbereich

(1) In den örtlichen Geltungsbereich dieser Verordnung fallen nachstehende Flurstücke der Flur 6: Nr. 26/219 und 26/228.



4

### § 2

#### Gestaltung der Hauptgebäude

- (1) Geschosshöhen dürfen maximal 2,80 m betragen.
- (2) Dachform:  
Flachdächer sowie Satteldächer mit der Neigung von 25°;  
Kniestöcke und sonstige Dachaufbauten sind nicht zugelassen.  
Dachüberstände, falls erwünscht, maximal 40 cm (ohne Rinne).

### § 3

#### Gestaltung der Garagen

- (1) Als Anbauten müssen diese die gleiche Dachneigung erhalten wie das Hauptgebäude. Falls die Bedingungen des § 3 Garagen-Verordnung (Rampenneigung) erfüllt werden, ist der Einbau innerhalb des Hauptgebäudes möglich.
- (2) Doppelgaragen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze sollen gleich gestaltet sein.

### § 4

#### Gestaltung der Einfriedigung

- (1) Entlang des Bürgersteiges und seitlich bis zur Baulinie bzw. vorderen Baugrenze sind nur massive Bankette zulässig, welche das Gelände höchstens um 25 cm überragen dürfen.
- (2) Im restlichen Gelände sind Zäune oder Hecken bis zu einer Höhe von 1,50 m über dem höher liegenden Gelände zugelassen.

### § 5

#### Abstandsflächen

- (1) Abweichend von § 8 (2) und (3) Landesbauordnung (LBO) werden die Abstandsflächen für die Querbaustelle am Kinder-



spielplatz von 7,50 m auf 4,00 m vorderseitig und bis zu 3,00 m rückseitig, bei den Grundstücken nordwestlich der Straße teilweise bis auf 6,00 m rückwärts herabgesetzt.

## § 6

### Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 111 Abs. 1 und 7 LBO handelt, wer bauliche Anlagen im Widerspruch zu den §§ 1 bis 3 dieser örtlichen Bauvorschriften errichtet oder ändert.

(2) Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 10 000 DM geahndet werden.

## § 7

### Inkrafttreten

Vorstehende örtliche Bauvorschriften treten einen Tag nach Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Humes, den 2. April 1973

Der Bürgermeister  
Saar

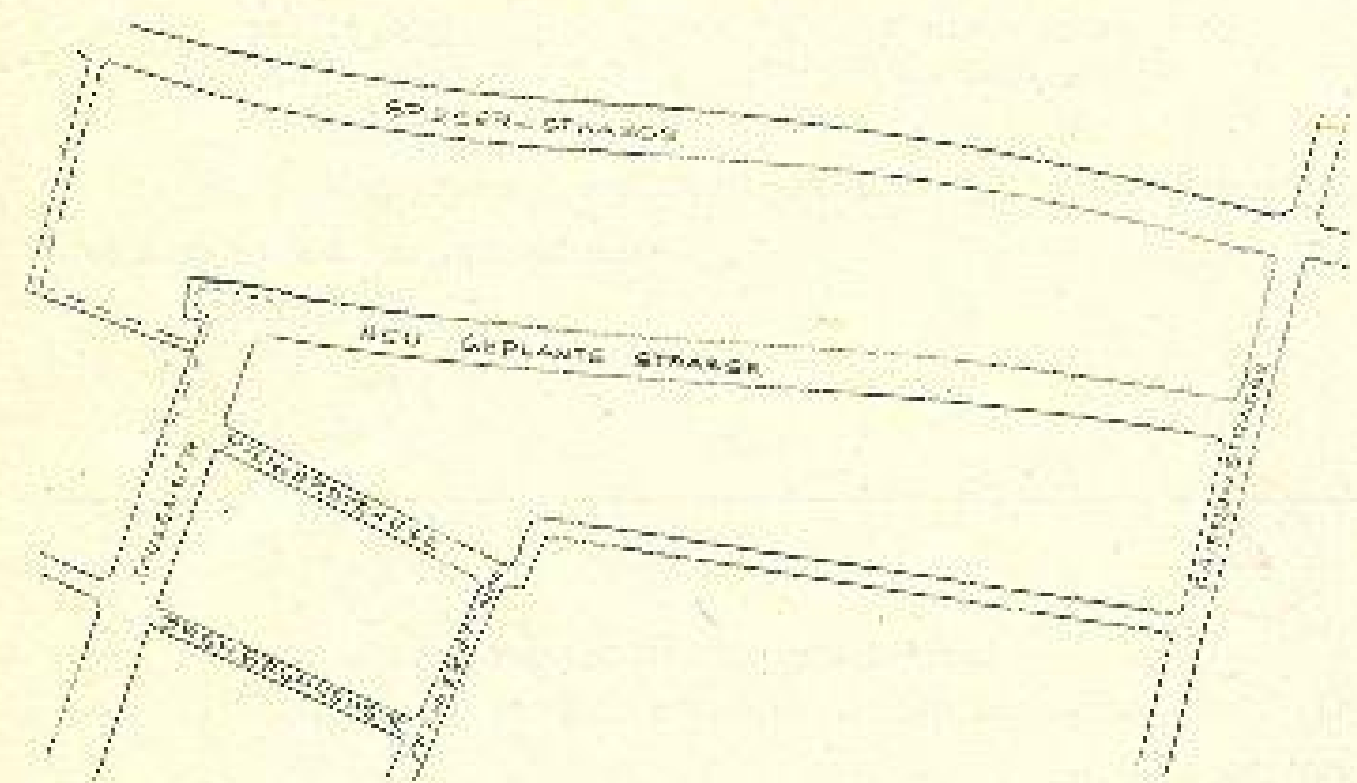
### 35/409 Örtliche Bauvorschriften (Satzung) der Stadt Friedrichsthal für das Neuerschließungsgebiet Nr. 310 „oberhalb der Drehbrunnerwies“ in Flur 3

Auf Grund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung – LBO) vom 12. Mai 1965 (Amtsbl. S. 529) in Verbindung mit § 11 der Gemeindeordnung vom 15. Januar 1964 (Amtsbl. S. 123) werden mit Genehmigung des Ministers des Innern – Oberste Landesbaubehörde – für das unten näher bezeichnete Gebiet folgende örtliche Bauvorschriften als Satzung erlassen.

## § 1

### Örtlicher Geltungsbereich

Als Geltungsbereich dieser Satzung gilt der im Bebauungsplan Nr. 310 farblich dargestellte Bebauungsbereich.



## § 2

### Gestaltung der Hauptgebäude

1. Geschosshöhen: Wohngeschosse max. 2,90 m.
2. Dachform:
  - a) drei Häuser an der vorhandenen Pfählerstraße auf Parzelle 1820/210 und 208/1: Satteldach
  - b) bei allen übrigen Gebäuden, mit Ausnahme des mehrgeschossigen Blockes unter der Hochspannungsleitung: Satteldach
  - c) bei dem mehrgeschossigen Block unter der Hochspannungsleitung: Flachdach.
3. Dachneigung:
  - a) bei Satteldach § 2 (2.) a: 15 bis 30°
  - b) bei Satteldach § 2 (2.) b: 15 bis 17°
  - c) bei Flachdach § 2 (2.) c: 0 bis 5°.
4. Dachüberstand: bei Satteldach max. 40 cm.
5. Kniestock: nicht zulässig.
6. Dachaufbauten: bei Satteldach § 2 (2.) a und b nicht zulässig, bei Flachdach § 2 (2.) c nur Aufzugsanlage und Dachzugang über dem Treppenhaus zulässig.

## 7. Dacheindeckung:

- a) Satteldächer § 2 (2.) a und b Dacheindeckungsmaterial mit heller Zementfarbe (z. B. naturfarbene Asbestzementplatten) darf nicht verwandt werden
- b) Flachdächer § 2 (2.) c Flachdachausbildung.

## 8. Äußere Gestaltung:

Der Außenputz ist in hellen, aufeinander abgestimmten Farben auszuführen.

Bei Verwendung von Kunstschieferplatten sind nur großformatige, rechteckige Platten in horizontaler Anordnung und in einheitlicher, heller Farbe zulässig.

## § 3

### Gestaltung der Anbauten

Anbauten müssen in der gleichen Neigung und demselben Material wie die Hauptbauten abgedeckt werden und sich bei Ausbildung eines Balkons im Obergeschoß vom Hauptbaukörper klar abheben.

## § 4

### Gestaltung der Garagen

1. Höhe: Die maximale lichte Höhe der außerhalb des Hauptbaukörpers errichteten Garagen ist bis 2,50 m zugelassen.
2. Dachform: Nur Flachdach zulässig.
3. Das Bindeckungsmaterial und die äußere Gestaltung benachbarter Garagen müssen gleich sein.

## § 5

### Gestaltung der sonstigen Nebengebäude

Nebengebäude dürfen nur in Verbindung mit der Garage errichtet werden und müssen dieser in Höhe und äußerer Gestaltung entsprechen.

## § 6

### Gestaltung der Einfriedigung

1. Als Abgrenzung der Grundstücke gegen die Straßenfläche und den Nachbarn im Bereich des Vorgartens (zwischen Straßenflucht und Baulinie) ist eine max. 0,40 m hohe Mauer ohne Zaun aus Steinen oder Waschbeton zulässig. Bei Grundstücken mit starkem Quergefälle sind Mauern bis max. 0,60 m Höhe als Böschungsstützen zulässig.
2. Die Einfriedigung an den übrigen seitlichen und rückwärtigen Grenzen erfolgt mit Zäunen oder lebenden Hecken von jeweils max. 1,25 m Höhe.
3. Im Bereich der rückwärtigen Gärten können Sichtblenden in einer Höhe bis zu 2,00 m und einer Länge bis zu 3,00 m, gemessen ab Rückfront des Gebäudes, erstellt werden.

## § 7

### Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig nach § 111 Abs. 1 Nr. 7 LBO handelt, wer bauliche Anlagen in Widerspruch zu den §§ 2–6 dieser örtlichen Bauvorschriften errichtet oder ändert.
2. Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 10 000 DM geahndet werden.

## § 8

### Inkrafttreten

Vorstehende Satzung tritt einen Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Friedrichsthal, den 22. Februar 1973

Der Bürgermeister  
Grausam

### 36/410 Örtliche Bauvorschriften (Satzung) der Stadt Friedrichsthal für das Neuerschließungsgebiet Nr. 202 „Stockbrunnerwies“, II. Bauabschnitt, Flur 2

Auf Grund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung – LBO) vom 12. Mai 1965 (Amtsbl. S. 529) in Verbindung mit § 11 der Gemeindeordnung vom 15. Januar